

Behörde

Verzeichnis
über ausgestellte Staatsangehörigkeitsurkunden
für das Jahr

Die Staatsangehörigkeitsurkunden sind in der zweiten Spalte des Verzeichnisses mit folgenden Symbolen einzutragen:

- E – Einbürgerungsurkunde (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 StAurkVwV)
- Erw – Urkunde über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 StAurkVwV)
- Ent – Entlassungsurkunde (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 StAurkVwV)
- V – Verzichtsurkunde (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 StAurkVwV)
- B – Genehmigung zur Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit (§ 1 Abs. 1 Nr. 5 StAurkVwV)
- A – Staatsangehörigkeitsausweis (§ 1 Abs. 1 Nr. 6 StAurkVwV)
- R – Ausweis über die Rechtsstellung als Deutscher (§ 1 Abs. 1 Nr. 6 StAurkVwV)
- S – Urkunden, die in Sonderfällen auszustellen sind (§ 1 Abs. 1 Nr. 7 StAurkVwV)

Merkblatt über benötigte Unterlagen im Einbürgerungsverfahren

Zur Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages werden die nachstehend angekreuzten Unterlagen benötigt:
Bitte beachten Sie Folgendes:

- Alle Unterlagen verbleiben grundsätzlich bei den Akten der Staatsangehörigkeitsbehörde. Reichen Sie deshalb bitte möglichst keine Urschriften (Originale), sondern beglaubigte Abschriften oder Ablichtungen ein; eine Ausnahme gilt für Personenstandsurkunden, die jederzeit ohne Schwierigkeiten erneut beschafft werden können. Abschriften oder Ablichtungen können auch von der Staatsangehörigkeitsbehörde beglaubigt werden, wenn die Originale vorgelegt werden.
- Von den Unterlagen in fremder Sprache wird außer dem Original oder einer beglaubigten Abschrift oder Ablichtung zusätzlich eine deutsche Übersetzung benötigt. Diese Unterlagen sollen von einem allgemein beeidigten Dolmetscher oder Übersetzer erstellt sein.
- Sie erleichtern die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages, wenn Sie alle benötigten Unterlagen gesammelt auf einmal einreichen.

- Ausweispapiere (Pass, Reiseausweis, Personalausweis und so weiter). Diese Ausweise sind der Behörde lediglich zur Einsichtnahme vorzulegen.
- Nachweis über den besonderen Staus als
- Ausführlicher, nachvollziehbarer, eigenhändig, in vollständigen Sätzen geschriebener Lebenslauf in deutscher Sprache von Einbürgerungsbewerbern, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben. Der Lebenslauf soll möglichst genau über die persönlichen und familiären Verhältnisse, die Ausbildung, die beruflichen Tätigkeiten und die bisherige Staatsangehörigkeit Auskunft geben. Der Lebenslauf ist vor der Staatsangehörigkeitsbehörde niederzuschreiben.

- Nachweis der derzeitigen Staatsangehörigkeit(en) (zum Beispiel: Staatsangehörigkeitsurkunde, Bescheinigung des Heimatstaates)
- Nachweis über den Besitz und Verlust einer früheren Staatsangehörigkeit
- Nachweis über den früheren Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit
- Nachweis der Staatsangehörigkeit der Eltern
- Nachweis der Staatsangehörigkeit des Ehegatten/Lebenspartners
- Nachweis der Staatsangehörigkeit der Kinder
- aktuelles Lichtbild
- beglaubigte Abschrift/Auszug aus dem Familienbuch
- Geburtsurkunde
- Geburtsurkunde des Ehegatten

- Geburtsurkunde der Eltern
- Geburtsurkunden der Kinder
- Heiratsurkunde (jetzige Ehe)
- Lebenspartnerschaftsurkunde
- Heiratsurkunde der Eltern
- Sterbeurkunde des Ehegatten
- Scheidungsurteil(e), nur Tenor und gegebenenfalls Entscheidung über die elterliche Sorge und Unterhaltsverpflichtungen.
Ein ausländisches Urteil muss vom Sächsischen Staatsministerium der Justiz anerkannt sein. Diese Feststellung ist nicht erforderlich, wenn ein Gericht des Staates entschieden hat, dem beide Ehegatten zur Zeit der Entscheidung angehört haben, und keiner der Ehegatten außerdem Deutscher war oder als heimatloser Ausländer oder Asylberechtigter oder ausländischer Flüchtling dem deutschen Recht unterstand.
- gerichtliche oder andere Entscheidung über die elterliche Sorge über

Vertrag, behördliche Entscheidung oder Beschluss des Vormundschaftsgerichts über die Annahme als Kind

Nachweis über die Höhe von Unterhaltsverpflichtungen gegenüber:

- früheren Ehegatten
- Kindern aus früheren Ehen
- außerhalb der Ehe geborenen Kindern

Nachweis über die Erfüllung von Unterhaltspflichten

Nachweis über geleisteten Wehrdienst im Heimatstaat

Zeugnisse oder andere Nachweise über den Besuch der im Folgenden genannten Schulen oder Ausbildungsstätten:

Nachweis über Berufsausbildung oder berufliche Fortbildung und deren Abschluss

Nachweis der Berechtigung zum Führen eines akademischen Grades

Nachweis der besonderen Sachkunde des Übersetzers von Unterlagen in fremder Sprache

Arbeitsvertrag/-verträge

Verdienstbescheinigungen der(s) Arbeitgeber(s)

Einkommensteuerbescheide für die Jahre

aktuelle Betriebsabrechnungen/Gewinnermittlungen eines Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers

Rentenbescheide

Bescheide/Mitteilungen über:

Kindergeld

Erziehungsgeld

Arbeitslosengeld

Arbeitslosenhilfe

Unterhaltsgeld

Krankengeld

Wohngeld

Ausbildungsförderung nach dem BAföG

Nachweise über Alterssicherung, Kranken-, Pflege- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung; zum Beispiel SV-Ausweis der DDR, Verdienstbescheinigungen, Versicherungsscheine mit Nachweisen über die regelmäßige Beitragszahlung

Mietvertrag

weitere Unterlagen:

Antrag auf Einbürgerung

Bitte den Antrag mit Schreibmaschine oder in Druckschrift ausfüllen. Beantworten Sie bitte alle Fragen. Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen. Nichtzutreffendes mit „entfällt“ oder „nicht zutreffend“ kennzeichnen. Sollte der Platz bei einer Frage nicht ausreichen, machen Sie weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.
Die Staatsangehörigkeitsbehörde kennzeichnet die Stellen im Antragsvordruck, die von Ihnen nicht auszufüllen sind.
Für Minderjährige über sechzehn Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage meine Einbürgerung.

1 Über meine persönlichen Verhältnisse mache ich folgende Angaben:

1.1 Angaben zur Person

Einbürgerungsbewerber(in):

Familiennamen, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort		
Kreis, Staat			
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort) am Ort des dauernden Aufenthalts			
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden			
Tag und Ort der Eheschließung			
weitere Ehen (z. B. im Heimatstaat)			
Tag und Ort der Eheschließung			

Freihalten für Vermerke der Behörde

Ehegatte:

Familiennamen, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort		
Kreis, Staat			
Staatsangehörigkeit(en)			
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort) am Ort des dauernden Aufenthaltes			

Frühere Ehen:

Frühere Ehen des Einbürgerungsbewerbers/der Einbürgerungsbewerberin			
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein			
1. Ehe	von	bis	aufgelöst durch
	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten		
2. Ehe	von	bis	aufgelöst durch
	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten		

Inlandsaufenthalte

von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
von	bis	in (Ort, Bundesland)
Aufenthaltsberechtigung		Aufenthaltsurlaubnis
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, gültig bis _____ <input type="checkbox"/> nein

Freihalten für Vermerke der
Behörde

Schulbildung

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Schulart, Abschluss, Staat)

Berufsausbildung

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Abschluss, Staat)

Arbeitsverhältnisse/selbständige Tätigkeiten der letzten acht Jahre

(bitte jeweils angeben: Zeiten, Art, Anschrift des Arbeitgebers)

1.4 Eltern

Adoptionsvertrag/Beschluss des Vormundschaftsgerichts vom _____	
<input type="checkbox"/> Leibliche Eltern	<input type="checkbox"/> Adoptiveltern _____
Tag, Ort und Staat der Eheschließung	

Vater

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort
Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit(en)	
Volkszugehörigkeit	
Wohnort, Kreis, Staat	
Bereits verstorben	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am _____	

Mutter

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort
Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit(en)	
Volkszugehörigkeit	
Wohnort, Kreis, Staat	
Bereits verstorben	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am _____	
Die Ehe der Eltern besteht fort	
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Wenn „nein“, bitte auch die beiden folgenden Fragen beantworten:	
Einbürgerungsbewerber(in) wird vertreten durch (z. B. „Vater“, „Mutter“ oder Name der berechtigten Person)	
Das Recht der Vertretung beruht auf (Angabe der Gesetzesbestimmung oder der gerichtlichen Anordnung)	

2 Kinder

Hier sind minderjährige und volljährige Kinder einzusetzen!

1. Kind:

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtstag	Geburtsort
Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit(en)	Das Kind soll mit eingebürgert werden
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Freihalten für Vermerke der
Behörde

2. Kind:

Familiename, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtstag		Geburtsort	
Kreis, Staat			
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden	
		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

3. Kind:

Familiename, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtstag		Geburtsort	
Kreis, Staat			
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden	
		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

4. Kind:¹

Familiename, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtstag		Geburtsort	
Kreis, Staat			
Staatsangehörigkeit(en)		Das Kind soll mit eingebürgert werden	
		<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Von diesen Kindern (bitte jeweils die laufende Nummer von oben eintragen)

stammen aus der jetzigen Ehe:	stammen aus früherer Ehe:	sind außerehelich geboren:
-------------------------------	---------------------------	----------------------------

3 Familieneinheit

Familien- und Vorname(n) der Familienmitglieder (Ehegatte und minderjährige Kinder), die nicht mit eingebürgert werden sollen
Gründe

4 Sprachkenntnisse/strafbares Verhalten/Unterhaltsfähigkeit

Herkunft deutscher Sprachkenntnisse

durch Elternhaus	durch Schulbesuch	durch Selbststudium
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
durch Aufenthalt im deutschsprachigen Raum		
<input type="checkbox"/> ja, in (bitte den Staat angeben):		<input type="checkbox"/> nein
durch Besuch eines deutschen Sprachinstituts (bitte Name, Sitz angeben)	von/bis	

Freihalten für Vermerke der
Behörde

¹ Für weitere Kinder bitte Ergänzungsblatt einfügen.

Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungsverfahren

Angaben über Daten, erkennendes Gericht, Tatbestand und Strafmaß noch nicht getilgter Vorstrafen (auch im Ausland)
Angaben über Datum, Behörde, Tatbestand und Buße bei Ordnungswidrigkeiten der letzten drei Jahre
Angaben über anhängige oder gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellte Ermittlungsverfahren (auch im Ausland)

Freihalten für Vermerke der Behörde

Unterhaltsfähigkeit

Ausgeübter Beruf	Netto-Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag (volle Euro) €
Grundbesitz und Vermögen	Hypotheken und Schulden	
Ich bin mit Steuerzahlungen im Rückstand <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Ich bin im Schuldnerverzeichnis eingetragen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Für Alterssicherung ist gesorgt <input type="checkbox"/> ja, durch <input type="checkbox"/> nein		
Ich/meine Familie beziehe/bezieht Sozialhilfe <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von monatlich: € <input type="checkbox"/> nein		
Ich/meine Familie habe/hat früher Sozialhilfe bezogen <input type="checkbox"/> ja, von/bis in Höhe von monatlich: € ggf. Grund für die Beendigung des Sozialhilfebezugs <input type="checkbox"/> nein leistende Behörde:		
Ich/meine Familie beziehe/bezieht Wohngeld <input type="checkbox"/> ja, in Höhe von monatlich: € <input type="checkbox"/> nein		
Ich/meine Familie habe/hat früher Wohngeld bezogen <input type="checkbox"/> ja, von/bis in Höhe von monatlich: € ggf. Grund für die Beendigung des Wohngeldbezugs <input type="checkbox"/> nein leistende Behörde:		
Ich habe Unterhaltsverpflichtungen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
Wenn „ja“, ich bin mit Unterhaltszahlungen im Rückstand <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein		
Netto-Einkünfte der übrigen Familienmitglieder		
Name	Netto-Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag (volle Euro) €
Name	Netto-Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag (volle Euro) €
Name	Netto-Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag (volle Euro) €

Nur zu beantworten von Personen ohne eigene Einkünfte:

Unterhalt ist durch Unterhaltsansprüche gesichert <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Name und Anschrift des Unterhaltspflichtigen
Netto-Einkünfte des Unterhaltspflichtigen <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich
Betrag (volle Euro) €

5 Vermeidung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung die erforderlichen Schritte zu unternehmen

ja nein

Wenn „nein“, bitte nachstehend die Gründe angeben:

Freihalten für Vermerke der Behörde

6 Sonstiges

Ich habe in der Bundesrepublik Deutschland bereits früher die Einbürgerung beantragt

ja nein. Wenn „ja“, bitte auch die folgenden Frage beantworten!

Der Antrag wurde gestellt bei (Name und Sitz der Behörde)

Der Antrag wurde abgelehnt von (Name und Sitz der Behörde)

Datum und Aktenzeichen des Ablehnungsbescheids

Verwaltungsgebühr:

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung oder für ihre Ablehnung oder für die Zurücknahme des Antrags eine Verwaltungsgebühr zu zahlen ist.

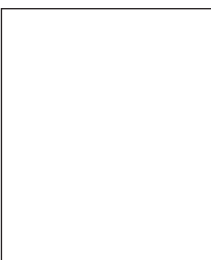
Richtigkeit der Angaben und Mitteilungspflichten:

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder zur Rücknahme der Einbürgerung führen können.

Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.

7 Begründung meines Einbürgerungsantrages

8 Lichtbild (nur von Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahre)



Vorname und Geburtsdatum

9 Unterschriften
Einbürgerungsbewerber/in

Ort, Datum	
_____	Unterschrift(en) der/des Einbürgerungsbewerber(s)

Miteinbürgerung von Kindern

Ich/Wir beantrage(n) hiermit die Miteinbürgerung folgender Kinder:	
Ort, Datum	
_____	Unterschrift(en) der/des Einbürgerungsbewerber(s)

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.
Die Echtheit der Unterschrift(en) wird hiermit amtlich beglaubigt:

_____	Behörde
Ort, Datum	_____

	Unterschrift und Amts- oder Funktionsbezeichnung

(Dienstsiegel)

Einverständniserklärung zur amtlichen Begleitung meines Entlassungsverfahrens

Familienname, Vorname(n)	Geburtstag, -ort
--------------------------	------------------

Ich bin damit einverstanden, dass

- die Staatsangehörigkeitsbehörde,
- das Regierungspräsidium,
- das Sächsische Staatsministerium des Innern und gegebenenfalls
- das Bundesministerium des Innern und das Auswärtige Amt

mit den zuständigen Behörden (zum Beispiel Generalkonsulat oder Botschaft) meines(r) Herkunftsstaates(en) den Stand meines Entlassungsverfahrens erörtert, sofern meine Entlassungsbemühungen erfolglos bleiben.

Ort, Datum

Unterschrift

Information über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

Sehr geehrte Dame,
Sehr geehrter Herr,

die Staatsangehörigkeitsbehörde benötigt zur Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen Ihres Einbürgerungsantrages Daten zu Ihrer Person und gegebenenfalls zur Person Ihres Ehegatten, die bei anderen Behörden vorhanden sind.

Die Einbürgerung beruht im Normalfall auf den §§ 8 oder 9 des Staatsangehörigkeitsgesetzes oder auf § 85 des Ausländergesetzes. Zur Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen werden in diesen Fällen zu Ihrer Person Auskünfte bei der Ausländerbehörde, dem Bundeszentralregister sowie bei den örtlichen Polizeidienststellen und dem Sächsischen Landeskriminalamt eingeholt. Es handelt sich dabei um Erkenntnisse über Straf- und Ermittlungsverfahren und das Vorliegen von ausländerrechtlichen Ausweisungsgründen, bei der Ausländerbehörde darüber hinaus um Angaben zu Dauer und Rechtsgrundlage Ihres Inlandsaufenthalts.

Falls weitere Behörden beteiligt werden müssen oder eine Einbürgerung auf einer anderen als den genannten Rechtsgrundlagen in Betracht kommt, werden Sie von der Staatsangehörigkeitsbehörde gesondert auf die Rechtsgrundlage für die Einbürgerung hingewiesen und über die Behörden informiert, die zur Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen beteiligt werden müssen.

Zur Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages kann es unter Umständen erforderlich sein, dass Sie und gegebenenfalls Ihr Ehegatte uns Unterlagen vom Finanzamt, vom Jugendamt oder von der zuständigen Behörde, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligt, vorlegen müssen (zum Beispiel Sozialhilfebescheid, Bescheid über den Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeldbescheid).

Um Ihnen und Ihrem Ehegatten den Weg zu diesen Behörden zu ersparen, können Sie uns ermächtigen, die erforderlichen Informationen dort unmittelbar anzufordern. Diese Behörden dürfen uns jedoch ohne Ihre ausdrückliche Einwilligung oder ausdrückliche Einwilligung Ihres Ehegatten keine Informationen übermitteln, da sie dem Sozialgeheimnis beziehungsweise dem Steuergeheimnis unterliegen. Zur Beschleunigung des Verfahrens empfehlen wir daher, die beiliegende Einwilligungserklärung zu unterschreiben.

Ihre personenbezogenen Daten werden für das Einbürgerungsverfahren in einer automatisierten Datei bei der Staatsangehörigkeitsbehörde gespeichert. Diese Datei wird ausschließlich verwaltungsmäßig zur automatisierten Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages genutzt und spätestens nach Ablauf der für Einbürgerungsvorgänge geltenden Aktenaufbewahrungsfrist gelöscht.¹

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Staatsangehörigkeitsbehörde.

Von der vorstehenden Information habe ich/haben wir Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

gegebenenfalls Unterschrift des Ehegatten des Einbürgerungsbewerbers

¹ Dieser Absatz ist nur aufzunehmen, wenn ein automatisiertes Verfahren im Sinne des § 8 Abs. 2 SächsDSG eingerichtet ist.

Antrag auf Einbürgerung von

Frau/Herrn Az.:

1. Einwilligung in die Erhebung meiner Daten durch die Staatsangehörigkeitsbehörde beim Finanzamt, Jugendamt und den zuständigen Behörden, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligen

Ich bin damit einverstanden, dass sich die Staatsangehörigkeitsbehörde zur Prüfung der Voraussetzungen der von mir beantragten Einbürgerung vom Finanzamt, Jugendamt und den zuständigen Behörden, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligen, die erforderlichen Daten übermitteln lässt. Die beteiligten Stellen entbinde ich insoweit vom Steuergeheimnis beziehungsweise vom Sozialgeheimnis. Die Einwilligung erstreckt sich auf die nachfolgenden, von der Staatsangehörigkeitsbehörde durch Ankreuzen gekennzeichneten Bereiche:

- die beim Sozialamt vorhandenen Daten über meinen Sozialhilfebezug sowie die dem zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände,
- die beim Arbeitsamt vorhandenen Daten über meinen Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe sowie die dem zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände,
- die beim Finanzamt vorhandenen dem Steuergeheimnis unterliegenden Daten,
- die beim Jugendamt vorhandenen Daten,
- die bei der Wohngeldstelle vorhandenen Daten über meinen Wohngeldbezug,
- die bei der für die Auszahlung der Ausbildungsförderung nach dem BAföG zuständigen Stelle vorhandenen Daten über meinen Bezug von Ausbildungsförderung.

Mir ist bekannt, dass eine abschließende Prüfung meines Einbürgerungsantrages ohne die Informationen dieser Stellen nicht möglich ist und ich die erforderlichen Unterlagen bei Verweigerung der Einwilligung selbst beizubringen habe.

Ort, Datum

Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

2. Einwilligung des Ehegatten in die Erhebung seiner Daten durch die Staatsangehörigkeitsbehörde beim Finanzamt, Jugendamt und bei den zuständigen Behörden, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligen

Ich bin damit einverstanden, dass sich die Staatsangehörigkeitsbehörde zur Prüfung der Voraussetzungen der von meinem Ehegatten beantragten Einbürgerung vom Finanzamt, Jugendamt und den zuständigen Behörden, die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, Wohngeld oder Leistungen nach dem BAföG bewilligen, die erforderlichen Daten übermitteln lässt. Die beteiligten Stellen entbinde ich insoweit vom Steuergeheimnis beziehungsweise vom Sozialgeheimnis. Die Einwilligung erstreckt sich auf die nachfolgenden, von der Staatsangehörigkeitsbehörde durch Ankreuzen gekennzeichneten Bereiche:

- die beim Sozialamt vorhandenen Daten über meinen Sozialhilfebezug sowie die dem zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände,
- die beim Arbeitsamt vorhandenen Daten über meinen Bezug von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe sowie die dem zugrundeliegenden tatsächlichen Umstände,
- die beim Finanzamt vorhandenen dem Steuergeheimnis unterliegenden Daten,
- die beim Jugendamt vorhandenen Daten,
- die bei der Wohngeldstelle vorhandenen Daten über meinen Wohngeldbezug,
- die bei der für die Auszahlung der Ausbildungsförderung nach dem BAföG zuständigen Stelle vorhandenen Daten über meinen Bezug von Ausbildungsförderung.

Mir ist bekannt, dass eine abschließende Prüfung des Einbürgerungsantrages meines Ehegatten ohne die Informationen dieser Stellen nicht möglich ist und ich die erforderlichen Unterlagen bei Verweigerung der Einwilligung selbst beizubringen habe.

Ort, Datum

Unterschrift des Ehegatten des Einbürgerungsbewerbers

Einbürgerungsverzeichnis

Einbürgerung gemäß

 Miteinbürgerung minderjähriger Kinder (gemäß § 8 StAG)

Staatsangehörigkeitsbehörde	Land
-----------------------------	------

1	Angaben über den/die Ebbew	Einbürgerungsbewerber (Ebbew)	Ehegatte
1.1	Personalien		<input type="checkbox"/> einzubürgern <input type="checkbox"/> nicht einzubürgern
1.1.1	Familienname <hr/> ggf. Geburtsname		
1.1.2	Vorname(n)		
1.1.3	Geburtstag		
1.1.4	Geburtsort <hr/> Kreis, Staat		
1.1.5	Anschrift am Ort des dauernden Aufenthaltes		
1.1.6	Familienstand Tag und Ort der Eheschließung	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden	
1.1.7	Weitere Ehen Tag und Ort der Eheschließung <hr/> Staatsangehörigkeit(en) des Weiteren Ehegatten		
1.1.8	Frühere Ehen: Ehe(n) von/bis <hr/> Ehe(n) aufgelöst durch <hr/> Staatsangehörigkeit(en) der früheren Ehegatten bis zur Auflösung der Ehe		
1.2	Status, Wehrdienst		
1.2.1	Derzeitige Staatsangehörigkeit(en) <hr/> nachgewiesen Wenn ja: durch	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.2.2	Frühere Staatsangehörigkeit(en) Verlustgrund		
1.2.3	Volkszugehörigkeit		
1.2.4	Besonderer Status		
1.2.4.1	Asylberechtigter	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja

1.2.4.2	Heimatloser Ausländer	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
1.2.4.3	Ausländischer Flüchtling	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
1.2.5	Fall mit Wiedergutmachungsgehalt	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
1.2.6	Wehrdienst im Heimatstaat		
1.2.6.1	Wehrpflichtig	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.2.6.2	Vom Wehrdienst befreit	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.2.6.3	Wehrdienst abgeleistet	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.2.7	Anderer Militärdienst (wann und in wessen Diensten?)		
1.3	Aufenthalt, Ausbildung		
1.3.1	Auslandsaufenthalte (Zeiten, Ort, Staat)		
1.3.2	Inlandsaufenthalte (Zeiten, Ort, Bundesland)		
1.3.3	Aufenthaltsberechtigung	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> ja
1.3.4	Aufenthaltsurlaubnis	<input type="checkbox"/> ja, gültig bis _____ <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, gültig bis _____ <input type="checkbox"/> nein
1.3.5	Schul- und Berufsausbildung (Zeiten, Art, Abschluss, Staat)		

1.4	Eltern des Ebbew	
1.4.1	Vater:	
1.4.1.1	Familienname ggf. Geburtsname	
1.4.1.2	Vorname(n)	
1.4.1.3	Staatsangehörigkeit(en)	
1.4.1.4	Volkszugehörigkeit	
1.4.1.5	Wohnort	
1.4.2	Mutter:	
1.4.2.1	Familienname ggf. Geburtsname	
1.4.2.2	Vorname(n)	
1.4.2.3	Staatsangehörigkeit(en)	
1.4.2.4	Volkszugehörigkeit	
1.4.2.5	Wohnort	
1.4.2.6	Bei Erklärungsberechtigten nach Artikel 3 RuStAÄndG 1974	<input type="checkbox"/> Die Mutter ist zum Zeitpunkt der Geburt des/der Erklärungsberechtigten verheiratet und Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 GG gewesen <input type="checkbox"/> Erklärungsrechte(r) hat die Rechtsstellung als Deutsche(r) infolge Legitimation durch einen Ausländer verloren (frühere Regelung des § 17 Nr. 5 RuStAG)
1.4.3	Tag und Ort der Eheschließung	
1.4.4	Die Ehe besteht noch	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
1.4.5	Vertretungsbefugnis für minderjährige Ebbew:	
1.4.5.1	Bei Kindern unter 16 Jahre: Antrag wurde gestellt von	
1.4.5.2	Bei Kindern unter 16 Jahre: dem Antrag wurde zugestimmt von	
1.4.5.3	Die Vertretungsbefugnis beruht auf	

2	Miteinzubürgernde minderjährige Kinder Hier sind einzusetzen: – Kinder aus der bestehenden Ehe, – Kinder aus der letzten Ehe, wenn der Ebbew Inhaber der elterlichen Sorge ist und nach Auflösung dieser Ehe nicht wieder geheiratet hat, – außerhalb der Ehe geborene Kinder. In allen übrigen Fällen ist für jedes miteinzubürgernde Kind ein gesondertes Einbürgerungsverzeichnis anzulegen.			
		1. Kind	2. Kind	3. Kind
2.1	Familienname Vorname(n)			
	Geburtstag, Geburtsort			
	Staatsangehörigkeit(en)			
2.2.1	Der Antrag wurde gestellt von			
2.2.2	Die Vertretungsbefugnis beruht auf			

3 Familieneinheit			
3.1	Minderjährige Kinder/Geschwister, die bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen – Familienname, Vorname(n), Geburtstag –		
3.2	Alle nicht deutschen Familienangehörigen werden eingebürgert	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Falls nein: nicht eingebürgert werden – Familienname, Vorname(n), Geburtstag, Staatsangehörigkeit(en) –		
3.3	Der Antrag stützt sich auf § 9 Abs. 2 StAG	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn ja: Sterbetag des Ehegatten/Tag der Rechtskraft des Scheidungsurteils	Sterbetag des Ehegatten	Scheidungsurteil rechtskräftig seit
4 Einbürgerungsvoraussetzungen			
4.1	Staatsbürgerliche und kulturelle Voraussetzungen	Ebbew	Ehegatte
4.1.1	Ausreichende deutsche Sprachkenntnisse: – mündlich – schriftlich	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.1.2.1	Es ist anzunehmen, dass der/die Ebbew seinem Lebenskreis entsprechende Kenntnisse der staatlichen Ordnung besitzt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.1.2.2	Das Verhalten des/der Ebbew bietet die Gewähr für das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.2	Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse, Niederlassungsdauer		
4.2.1	Der/Die Ebbew hat sich in die deutschen Lebensverhältnisse eingeordnet (§ 8 StAG) beziehungsweise die Einordnung ist gewährleistet (§ 9 StAG)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.2.2	Mindestniederlassungsdauer (§ 8 StAG)/Aufenthaltsdauer (§ 9 StAG) ist erfüllt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.3	Nichtvorliegen von Ausweisungsgründen und Straftaten		
4.3.1.1	Strafen im Strafregister (Bundeszentralregister) Wenn ja: Gericht/Datum des Urteils/ Straftatbestand/Strafmaß	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.3.1.2	Verurteilungen im Ausland	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.3.2	Ausweisungsgründe	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.3.3	Ordnungswidrigkeiten	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

4.4	Unterhaltsfähigkeit		
4.4.1	Ausübter Beruf		
4.4.2	Eigene Netto-Einkünfte	<input type="checkbox"/> monatlich Betrag (volle Euro) €	<input type="checkbox"/> jährlich Betrag (volle Euro) €
4.4.3	Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> ja, durch: _____ <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, durch: _____ <input type="checkbox"/> nein
4.4.4	Alterssicherung	<input type="checkbox"/> ja, durch: _____ <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, durch: _____ <input type="checkbox"/> nein
4.4.5	Pflegeversicherung	<input type="checkbox"/> ja, durch: _____ <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, durch: _____ <input type="checkbox"/> nein
4.4.6	Erwerbsunfähigkeitsversicherung	<input type="checkbox"/> ja, durch: _____ <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, durch: _____ <input type="checkbox"/> nein
4.4.7	Bezieher von Sozialhilfe	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
4.4.7.1	früherer Bezug von Sozialhilfe	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
4.4.8	Bedenken des zuständigen Trägers der Sozialhilfe	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
4.4.9	Bezieher von Wohngeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
4.4.9.1	Früherer Bezug von Wohngeld	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
4.4.10	Unterhaltssicherung durch Einkommen des Ehegatten	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.4.11	Minderjährige ohne eigene Einkünfte: Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
4.5	Bedenken der Gemeinde des Niederlassungsortes	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
5	Vermeidung von Mehrstaatigkeit		
5.1	Ausscheiden aus bisheriger StA:		
5.1.1	Verlust kraft Gesetzes	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
5.1.2	Entlassung möglich	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
5.1.3	Bei Mehrstaatern: es bezieht sich	auf die	auf die
	– die Angabe zu Nr. 5.1.1	Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit
	– die Angabe zu Nr. 5.1.2	Staatsangehörigkeit	Staatsangehörigkeit
5.1.4	Abweichungen bei miteinzubürgern- den Kindern		
5.1.5	Anzuwendende Vorschrift(en) des ausländischen Rechts		

5.2	Beibehalten der bisherigen StA:				
5.2.1	Beibehaltung beantragt	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
5.2.2	Beibehaltung genehmigt	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja
5.2.3	Für Hinnahme von Mehrstaatigkeit liegen stichhaltige Gründe vor	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Falls ja: Begründung im Einzelnen					

6 Besondere Bemerkungen

7	Ergebnis der Prüfung/Zustimmungserfordernis	
7.1	<input type="checkbox"/> Dem Einbürgerungsantrag	<input type="checkbox"/> Den Einbürgerungsanträgen wird entsprochen.
7.2	<input type="checkbox"/> Dem Einbürgerungsantrag	<input type="checkbox"/> Den Einbürgerungsanträgen wird nicht entsprochen.
7.3	Es ist beabsichtigt, zu entsprechen. Um Zustimmung wird gebeten.	<input type="checkbox"/> dem Einbürgerungsantrag <input type="checkbox"/> den Einbürgerungsanträgen

Staatsangehörigkeitsbehörde	
_____	Ort, Datum
Aktenzeichen	

Unterschrift und Amts- oder Funktionsbezeichnung	

Familiennamen, Vorname(n)	
Geburtsdatum	Geburtsort
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	

gibt nach Hinweis auf die Rechte und Pflichten eines deutschen Staatsangehörigen folgende

Erklärung

ab:

Ich bin darüber belehrt worden, dass ich mit der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde die deutsche Staatsangehörigkeit erwerbe.

Hiermit bestätige ich den Empfang der Einbürgerungsurkunde vom

Ort, Datum

Unterschrift (Vor- und Familienname)

Merkblatt über den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit

Mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit besitzen Sie alle Rechte und Pflichten, die nach unserer Verfassung, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, ausschließlich Deutschen vorbehalten sind.

Seit dem 1. Januar 2000 verliert ein deutscher Staatsangehöriger immer seine deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 25 Abs. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG), wenn er freiwillig auf Antrag eine ausländische Staatsangehörigkeit annimmt. Dabei kommt es nicht darauf an, ob er sich im Inland oder im Ausland aufhält.

Mit dem Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit gehen auch alle Rechte und Pflichten eines deutschen Staatsangehörigen verloren. Der Betreffende ist ab diesem Zeitpunkt Ausländer und nicht mehr berechtigt, einen deutschen Reisepass oder Bundespersonalausweis zu führen. Die Ausweise werden von der Passbehörde eingezogen. Als Ausländer muss sich der Betreffende mit einem Reisepass seines neuen Heimatstaates ausweisen. Außerdem benötigt er für den weiteren Aufenthalt in Deutschland grundsätzlich eine Aufenthaltsgenehmigung durch die Ausländerbehörde, eventuell auch eine Arbeitserlaubnis durch das zuständige Arbeitsamt, zur Einreise in das Bundesgebiet unter Umständen einen Sichtvermerk (Visum).

Der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit ist der Gemeinde des Wohnsitzes beziehungsweise bei einem Auslandsaufenthalt der zuständigen deutschen Auslandsvertretung unverzüglich mitzuteilen. Sollte dies unterlassen werden und sollten durch Sie weiterhin die Rechte, die deutschen Staatsangehörigen vorbehalten sind, in Anspruch genommen werden, obwohl die deutsche Staatsangehörigkeit nicht mehr besteht, droht die Verhängung von Geld- oder Freiheitsstrafen.

Die deutsche Staatsangehörigkeit geht bei Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit nur dann nicht verloren, wenn eine deutsche Staatsangehörigkeitsbehörde vor Erwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit nach entsprechender Prüfung die Genehmigung erteilen konnte, die deutsche Staatsangehörigkeit behalten zu dürfen (Beibehaltungsgenehmigung). Sollten Sie den Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit beabsichtigen, ist Ihnen daher zu empfehlen, sich rechtzeitig vorher mit der für Ihren Wohnsitz zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörde in Verbindung zu setzen. Soweit Sie sich im Ausland aufhalten, wenden Sie sich bitte an die zuständige deutsche Auslandsvertretung (Botschaft oder Generalkonsulat).

In Deutschland gilt der Grundsatz, dass Mehrstaatigkeit zu vermeiden ist.

Behörde

Ort, Datum

Aktenzeichen

Einbürgerungszusicherung

Dem Einbürgerungsbewerber Der Einbürgerungsbewerberin

Familiename, ggf. Geburtsname, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	

und folgenden Familienangehörigen

Familiename, ggf. Geburtsname, Vorname(n)	Geburtstag	Geburtsort
Familiename, ggf. Geburtsname, Vorname(n)	Geburtstag	Geburtsort
Familiename, ggf. Geburtsname, Vorname(n)	Geburtstag	Geburtsort
Familiename, ggf. Geburtsname, Vorname(n)	Geburtstag	Geburtsort
Familiename, ggf. Geburtsname, Vorname(n)	Geburtstag	Geburtsort
Familiename, ggf. Geburtsname, Vorname(n)	Geburtstag	Geburtsort

wird die **Einbürgerung** für den Fall zugesichert, dass der Verlust der
_____ Staatsangehörigkeit(en) nachgewiesen wird.

Diese Einbürgerungszusicherung gilt bis einschließlich _____.

Sie wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass sich die Sach- und Rechtslage bis zum Ablauf dieser Frist nicht ändert.

(Dienstsiegel)

Unterschrift

Einbürgerungszusicherung

Herrn/Frau	
geboren am	in (Geburtsort und -land)
wohnhaft in	

wird nach § 87 Abs. 5 des Ausländergesetzes unter dem Vorbehalt gleichbleibender Sach- und Rechtslage die Einbürgerung nach Erreichen des Volljährigkeitsalters zugesichert.

Ort, Datum

Landkreis/Kreisfreie Stadt

Az.:

Unterschrift

Behörde

Ort, Datum

Aktenzeichen

Nachweis

über die Einbürgerung eines _____ Staatsangehörigen in Deutschland aufgrund
des § _____ des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG)

1 Personalien des Eingebürgerten

Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Wohnsitz zum Zeitpunkt der Einbürgerung	
Letzter Wohnsitz oder Aufenthalt im Heimatstaat	
Falls der Eingebürgerte keinen Wohnsitz oder Aufenthalt im Heimatstaat hatte, oder falls dieser unbekannt ist: letzter Wohnsitz des Vaters oder Großvaters im Heimatstaat sowie deren Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Geburtsort	

2 Daten der Einbürgerung

Tag der Ausfertigung der Einbürgerungsurkunde
Tag, an dem die Einbürgerung gemäß § 16 Abs. 1 StAG wirksam geworden ist

3 Miteingebürgerte Familienangehörige

Die Einbürgerung hat sich gemäß § 16 Abs. 2 StAG auf folgende Familienangehörige erstreckt:		
Familiename, Vorname(n)	Geburtstag	Geburtsort/Land

4 Bemerkungen

--

5 Anlagen

--

Arbeitsblatt über ausreichende Deutschkenntnisse

Antragsteller:

Familiename, Vorname(n)

Geburtstag und -ort

Wohnort, Straße, Hausnummer

1. Der Antragsteller spricht Deutsch als Muttersprache.
 ja nein
2. Der Antragsteller hat die in der Verwaltungsvorschrift oder Positivliste von Sprachnachweisen aufgeführten Dokumente vorgelegt:
 ja, nämlich nein

3. Der Antragsteller hat bei einem intensiven Gespräch bei der Staatsangehörigkeitsbehörde ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nachgewiesen:
 ja nein

4. Es bestehen Zweifel, ob der Antragsteller ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache besitzt. Er ist deshalb zu einer Sprachprüfung bei der VHS vorzuladen.
 ja nein

5. Nächste Prüfung findet statt am:

Ort, Datum

Behörde

6. Prüfungserleichterungen:

ja nein

Fallgruppen:

Kinder bis zum vollendeten 10. Lebensjahr Alphabet

Behinderte Einbürgerungsbewerber

Art der Behinderung:

7. Bewertung

Note VHS	Punkte	Vor-, Ausbildung Beruf
	schriftlicher Ausdruck	
	sonstige sprachliche Fertigkeiten	

8. Ausreichende Sprachkenntnisse nachgewiesen?

8.1 **Ja,**

- Es wurde Notenstufe 1 oder 2 erreicht.
- Es wurde Notenstufe 3 erreicht,
 - aufgrund Vor-/Ausbildung und Beruf gelten keine gesteigerten Anforderungen.
 - eine bessere Notenstufe ist nicht erforderlich, weil für die Einbürgerung ein besonderes öffentliches Interesse nicht Voraussetzung ist.
- Es wurde Notenstufe 4 erreicht **und** der Bewerber gehört zu einem begünstigten Personenkreis:
 - Behinderter Einbürgerungsbewerber.
 - Kind zwischen dem 10. und 16. Lebensjahr.
 - Ältere Person über 60 Jahre.
 - Deutsch-verheirateter Antragsteller mit weiteren Voraussetzungen.
 - Miteinbürgerungsbewerber (Ehegatte) mit weiteren Voraussetzungen.
- Es wurde nur Notenstufe 5 erreicht, **aber** der Bewerber gehört zu einem begünstigten Personenkreis:
 - In hohem Maße behinderter Einbürgerungsbewerber.
 - Kind zwischen 10. und 16. Lebensjahr.
 - Ältere Person über 60 Jahre.
 - Deutsch-verheirateter Einbürgerungsbewerber mit weiteren Voraussetzungen.
- Der Antragsteller ist Analphabet (nur Ermessenseinbürgerung möglich), es gelten allgemein niedrige Anforderungen.

8.2. **Nein,**

- Es wurde nur Notenstufe 5 erreicht, es gelten keine der unter Nummer 8.1 aufgezeigten Ausnahmen
- Es wurde zwar die Notestufe 4 erreicht, der Antragsteller
 - hat jedoch im Testteil Nummer 4 (Schriftlicher Ausdruck) weniger als 8 Punkte erzielt.
 - muss jedoch hinsichtlich Vor-/Ausbildung und Beruf mindestens die Notenstufe 3 erreichen.
 - muss jedoch höheren Anforderungen genügen, weil die Einbürgerung ein besonderes öffentliches Interesse voraussetzt.
- Es wurde zwar Notenstufe 3 erreicht, der Antragsteller
 - hat jedoch im Testteil Nummer 4 (Schriftlicher Ausdruck) weniger als 10 Punkte erzielt.
 - muss jedoch hinsichtlich Vor-/Ausbildung und Beruf mindestens Notenstufe 2 erreichen.
 - muss jedoch höheren Anforderungen genügen, weil die Einbürgerung ein besonderes öffentliches Interesse voraussetzt.

- Es wurde zwar Notenstufe 2 erreicht, der Antragsteller
 - hat jedoch im Testteil Nummer 4 (Schriftlicher Ausdruck) weniger als 12 Punkte erzielt und
 - muss hinsichtlich Vor-/Ausbildung und Beruf mindestens Notenstufe 1 erreichen.
 - muss höheren Anforderungen genügen, weil die Einbürgerung ein besonderes öffentliches Interesse voraussetzt.
- Es wurde zwar die Notenstufe 1 erreicht, der Antragsteller
 - hat jedoch im Testteil Nummer 4 (Schriftlicher Ausdruck) weniger als 12 Punkte erzielt.

9. Nächste Sprachprüfung findet statt am:

Ort, Datum

Behörde

Unterschrift

Positivliste von Sprachnachweisen

Dokument oder Zeugnis	Prüfungsabnahme/Bestätigung durch
Zertifikat Deutsch	VHS, Goethe-Institut
Zertifikat Deutsch als Fremdsprache (ZDaF)	VHS, Goethe-Institut
Zertifikat Deutsch für den Beruf (ZDfB)	VHS, Goethe-Institut
Zentrale Mittelstufenprüfung (ZMP)	Goethe-Institut
Zentrale Oberstufenprüfung (ZOP)	Goethe-Institut
Feststellungsprüfung der Eignung zur Aufnahme eines Hochschulstudiums an einer deutschen Hochschule	Studienkolleg
Prüfung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (PNdS) – alte Bezeichnung	Hochschule
Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber (DSH) – neue Bezeichnung	Hochschule
Kleines Deutsches Sprachdiplom (KSD)	Goethe-Institut/Hochschule
Großes Deutsches Sprachdiplom (GSD)	Goethe-Institut/Hochschule
Nachweis einer abgeschlossenen Umschulung	Arbeitsamt, Träger von Umschulungsmaßnahmen
4-jähriger erfolgreicher Schulbesuch (Jahreszeugnis)	deutsche Schule/staatliches Schulamt
Deutscher Schulabschluss 10. Klasse einer/s Real-/Gesamtschule, Gymnasiums	Schule
abgeschlossenen deutsche Berufsausbildung	Ausbildungsbetrieb/Berufsfachschule
Abschluss einer Hoch-/Fachhochschule	Hochschule
Basisprüfung Deutsch als Fremdsprache	Sprachenschule Inlingua
Österreichisches Sprachdiplom/Zertifikat Deutsch Grundstufe 2 (ÖSD-G2) und Stufe III	Österreichisches Sprachdiplom Deutsch (ÖSD)
Hochschul-Fremdsprachenzertifikat „Unicert“ Stufen II, III, IV: Deutsch als Fremdsprache	Hochschule
Sprachkundigenzeugnisse: Grundstufe, Stufe 1, Stufen 2 und 3	VHS, Hochschule Hochschule
Abschlusszeugnis über die studienvorbereitende Sprachausbildung (entspricht der Sprachkundigenausbildung Stufe IIa)	Herderinstitut
studienbegleitende Ausbildung Deutsch für Fortgeschrittene (entspricht der Sprachkundigenausbildung Stufe III)	Herderinstitut
Deutsch-Ausbildung für postgraduale Studenten	Herderinstitut
Mittelstufenprüfung	interDaF e. V. am Herderinstitut der Universität Leipzig

**Bearbeitungsblatt zum Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung
des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland
– Loyalitätserklärung –**

1.	Familienname, Vorname(n)	Geburtstag und -ort
----	--------------------------	---------------------

2. Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in dem nachfolgenden Erklärungstext abgedruckt sind, unterrichtet bin. Nachdem ich von dem Inhalt der von mir erwarteten Loyalitätserklärung Kenntnis genommen habe, teile ich wahrheitsgemäß mit, dass

ich niemals Bestrebungen der unter Nummer 4.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe; ich werde daher die Loyalitätserklärung nach Nummer 4 abgeben (weiter mit 4.);

ich in der Zeit von _____ bis _____ Bestrebungen der unter Nummer 4.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe. Hierzu mache ich folgende Angaben:

ich mich seit _____ von diesen Bestrebungen gelöst habe; ich werde daher die Loyalitätserklärung nach Nummer 5 abgeben (weiter mit 5.).

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrags tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der unter Nummer 4.2 genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

3.1 Die Unterrichtung ist im Zusammenhang mit der Antragstellung

mündlich

schriftlich durch Aushändigung eines Abdrucks dieses Bearbeitungsblattes

erfolgt.

3.2 Die Loyalitätserklärung ist

in meiner Gegenwart von dem/der Antragsteller/in unterzeichnet worden.

schriftlich eingereicht worden.

3.3 Bemerkungen:

Ort, Datum	Behörde	Unterschrift
------------	---------	--------------

4. In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgende
Loyalitätserklärung
ab:

- 4.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 - die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.
- 4.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

5. In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgende
Loyalitätserklärung
ab:

- 5.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
 - die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
 - das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
 - die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
 - die Unabhängigkeit der Gerichte,
 - den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
 - die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.
- 5.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die
- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
 - eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
 - durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- 5.3 Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen habe ich mich abgewandt.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Landkreis/Kreisfreie Stadt _____

Ort, Datum _____

Bearbeiter _____

Telefon _____

Vermerk über die Auswertung der Ausländerakte

1. Personalien

Familienname, ggf. Geburtsname	Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort/Geburtsland
Staatsangehörigkeit	Pass (Nr./Ausstellungsdatum)
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	

Angaben in Staatsangehörigkeits- und Ausländerakte stimmen überein

ja nein wenn nein, folgende Abweichungen

2. Inlandsaufenthalt

2.1 Tag der Einreise _____ Einreisegrund: _____

2.2

Aufenthaltstitel	von – bis	Grund der Erteilung

2.2.1 Bedingungen und Auflagen

keine

2.3 Aufenthaltsdauer

2.3.1 rechtmäßiger Inlandsaufenthalt

2.3.1.1 ununterbrochen seit _____

2.3.1.2 Rechtmäßige Voraufenthalte

keine von _____ bis _____

2.3.1.3 Unterbrechung der Rechtmäßigkeit des Aufenthalts

kein

weil die Einbürgerungsbewerberin/der Einbürgerungsbewerber nicht rechtzeitig die erstmalig erforderliche Erteilung/Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung beantragt hat oder nicht in Besitz eines gültigen Passes war

aus folgenden Gründen von _____ bis _____

2.3.1.4

War ein Asylverfahren anhängig ja nein

2.3.1.5

Bei abgelehntem oder zurückgenommenem Asylantrag

Wurde eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach § 35 Abs. 1 AuslG erteilt? ja nein

Im Falle der Erteilung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis nach § 35 Abs. 1 AuslG:

Wurden Zeiten der Duldung gemäß § 35 Abs. 1 S. 3 AuslG angerechnet?

ja von _____ bis _____

nein

3. Ausländerrechtliche Bedenken

3.1 Erkenntnisse über anhängige Ermittlungsverfahren

liegen nicht vor

liegen vor (Az., Ermittlungsbehörde, Straftatbestand und Verfahrensstand angeben):

3.2 Hinweise über eine politisch-extremistische Betätigung

liegen nicht vor

liegen vor

3.3 Aktuelle Ausweisungsgründe

3.3.1 nach § 46 Nr. 1 bis 4, § 47 Abs. 1 oder 2 AuslG liegen nicht vor

liegen vor

4. Bemerkungen

Unterschrift

Landkreis/Kreisfreie Stadt

Antrag auf Einbürgerung von Frau/Herrn _____, Az.: _____

Unterrichtung über die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

die von Ihnen beantragte Einbürgerung setzt unter anderem voraus, dass keine tatsächlichen Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass Sie Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Liegen solche tatsächlichen Anhaltspunkte vor, kommt die Einbürgerung nur in Betracht, wenn Sie glaubhaft machen können, dass Sie sich von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen abgewandt haben (§ 86 Nr. 2 des Ausländergesetzes – AuslG –).

Zur Prüfung, ob derartige tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, wird das Landesamt für Verfassungsschutz durch eine schriftliche Anfrage beteiligt. Hierzu ist es notwendig, dem Landesamt für Verfassungsschutz Ihre Personalien (Name, Geburtsdatum und –ort, Staatsangehörigkeit, ausgeübter und erlernter Beruf, Anschrift) sowie frühere Aufenthaltsorte und einen etwaigen besonderen aufenthaltsrechtlichen Status (zum Beispiel Asylberechtigter) mitzuteilen.

Die rechtliche Grundlage für die Anfrage beim Landesamt für Verfassungsschutz ergibt sich aus § 2 Abs. 2 Nr. 5 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes (SächsVSG) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 459). Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet nur vorhandenes eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen anderer Verfassungsschutzbehörden über Ihre Person aus und nimmt zu der Anfrage Stellung, falls ihm offen verwertbare Erkenntnisse vorliegen. Gegebenenfalls werden auch das bereits vorhandene Wissen der Staatsangehörigkeitsbehörde oder sonstiger öffentlicher Stellen in die Auswertung mit einbezogen.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz werden aufgrund der Anfrage der Staatsangehörigkeitsbehörde nur dann Daten in automatisierten Dateien gespeichert, wenn bereits Erkenntnisse über verfassungsfeindliche, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 SächsVSG vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Staatsangehörigkeitsbehörde

Erklärung

Von den vorstehenden Ausführungen habe ich Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Vor- und Familienname

Absender (Behörde)

Ort, Datum

Aktenzeichen

Name des Bearbeiters
(in Druckschrift)

Telefon (Durchwahl)

Landesamt für Verfassungsschutz
Neuländer Straße 60

01129 Dresden

Einbürgerung

Die nachstehend genannte Person hat ihre Einbürgerung beantragt. Es wird um Durchführung einer sicherheitsmäßigen Überprüfung gebeten.

Unterschrift

Angaben zum Einbürgerungsbewerber			Abweichende Schreibweisen	
Familiename, ggf. mit akademischem Titel		Geschlecht <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w		
Geburtsname				
frühere Familiennamen				
Arbeits-, Künstlernamen				
Andere Familiennamen (Aliasnamen etc.)				
Vorname (Rufname)				
weitere Vornamen				
andere Vornamen (Aliasnamen etc.)				
Geburtstag		Staatsangehörigkeit	Volkszugehörigkeit	
Geburtsort				
Kreis, Staat				
andere Geburtsangaben		Erlerner Beruf		
Derzeitige Tätigkeit				
Studium/Studienort(e), ggf. Universität(en)				
Ausbildung/Ausbildungsort(e), ggf. Ausbildungsstelle(n)				
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Wohnort) am Ort des dauernden Aufenthalts				
Wohnanschriften in Deutschland (einschließlich Mehrfachwohnsitze) der letzten			Jahre	
von	bis	PLZ	Ort	Bundesland

Sonstige aus der Akte ersichtliche Abweichungen bitte hier eintragen und oben kennzeichnen (durch Ankreuzen o. Ä.).

Bestätigung der Staatsangehörigkeitsbehörde

Es wird bestätigt, dass

Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	

weder für sich, noch für die folgenden Familienangehörigen

Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort

einen Antrag auf Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit gestellt hat, noch dass die Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit genehmigt wurde.

Ort, Datum

Behörde

Unterschrift

(Dienstsiegel)

Negativbescheinigung der Staatsangehörigkeitsbehörde

Es wird bestätigt, dass

Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	

sowie seine Ehefrau ihr Ehemann

Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort

und folgende, von ihnen kraft elterlicher Sorge gesetzlich vertretenen Kinder

Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Familiename, Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort

die deutsche Staatsangehörigkeit **nicht** besitzt/besitzen.

Ort, Datum

Behörde

Unterschrift

(Dienstsiegel)

Erklärung über den Verzicht

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen!

auf die deutsche Staatsangehörigkeit

auf die Rechtsstellung als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes

Datenschutzrechtlicher Hinweis: Die in dieser Erklärung verlangten Angaben werden aufgrund des § 26 des Staatsangehörigkeitsgesetzes erhoben. Ohne diese Angaben ist eine Bearbeitung Ihrer Erklärung nicht möglich.

Ich verzichte
für mich

Familienname	ggf. Geburtsname
Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	

für das Kind

Familienname	ggf. Geburtsname
Vorname(n)	
Geburtstag	Geburtsort
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)	

auf meine (seine) deutsche Staatsangehörigkeit

auf meine (seine) Rechtsstellung als Deutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes

Ich/Wir bitten, den Verzicht zu genehmigen und zum Nachweis des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit oder der Rechtsstellung als Deutscher eine Verzichtsurkunde auszuhändigen.

Hierzu mache(n) ich/wir folgende Angaben:

1 Geschäftsfähigkeit

Ich bin in meiner Geschäftsfähigkeit
<input type="checkbox"/> beschränkt <input type="checkbox"/> nicht beschränkt

2 Minderjährige Kinder

Meine/Unsere Vertretungsbefugnis besteht aufgrund
<input type="checkbox"/> elterlicher Sorge vom <input type="checkbox"/> durch das Vormundschaftsgericht
<input type="checkbox"/> eines Sorgerechtsbeschlusses/ Übertragung der Vormundschaft _____
Die Genehmigung zur Antragstellung wurde erteilt durch das Vormundschaftsgericht
<input type="checkbox"/> am _____

3 Andere Staatsangehörigkeit(en)

Ich/das Kind besitze/besitzt außerdem die (ausländische)
Staatsangehörigkeit(en)

Freihalten für Vermerke
der Behörde

4 Dauernder Aufenthalt in den letzten acht Jahren

Ich/das Kind hatte in den letzten acht Jahren meinen/seinen dauernden Aufenthalt:		
von	bis	in
von	bis	in
von	bis	in
von	bis	in
von	bis	in

Freihalten für Vermerke
der Behörde

5 Beschäftigung im öffentlichen Dienst

Ich bin/das Kind ist beschäftigt	
im öffentlichen Dienst	nicht im öffentlichen Dienst

6 Wehrpflicht

Ich bin	
wehrpflichtig	nicht wehrpflichtig
Wenn wehrpflichtig: die Wehrpflicht ruht wegen	

7 Abgeleiteter Wehrdienst

Ich habe		
bisher keinen Wehrdienst geleistet	bereits Wehrdienst geleistet, und zwar:	
von	bis	in (Staat)
von	bis	in (Staat)

8 Unterschriften

a) Verzichtende(r):

Ort, Datum

Unterschrift(en) der/des Verzichtenden oder der/des gesetzlichen Vertreter(s):

b) bei Minderjährigen:

Ich/Wir stimme(n) der Verzichtserklärung zu.
Ort, Datum

Unterschrift(en) der/des gesetzlichen Vertreter(s):

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.
Die Echtheit der Unterschrift(en) wird hiermit amtlich beglaubigt.

Ort, Datum

Behörde

(Dienstsiegel)

Unterschrift und Amts- oder Funktionsbezeichnung